

WELTHANDEL AM WENDEPUNKT?

Die Corona-Pandemie zeigt deutlich, warum offene Märkte entscheidend für Arbeitsplätze und Wohlstand in Österreich sind.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



ECONOMICS CORNER
Wo sind die Grenzen
der Staatsverschuldung?

Seite 2



INDUSTRIE
Produktion sicherstellen,
Österreich am Laufen halten

Seite 5



WIEN
Top-Unternehmer 2020
ausgezeichnet

Seite 10

Die Grenzen der Staatsverschuldung?

Die langfristigen Auswirkungen der COVID-19-Krise auf das Budget sind noch nicht absehbar. Aber schon vor der Pandemie war die Schuldendynamik ein veritables Problem für das Land.

Die Corona-Krise wird in den öffentlichen Finanzen markante Spuren hinterlassen. Mit einer historischen Defizitquote von heuer knapp 10 Prozent des BIP werden die Staatsschulden nach derzeitiger Prognose von 70 auf knapp 85 Prozent des BIP steigen und dann auf diesem Niveau bis mindestens 2023 verharren. Konkret geht das Finanzministerium davon aus, dass nach derzeitigem Stand inklusive Kurzarbeit mehr als 26 Mrd. Euro an Mehrausgaben getätigt werden. Gleichzeitig muss mit Mindereinnahmen von mindestens 6 Mrd. Euro gerechnet werden. Mehr ist derzeit bei bestem

Willen aller lauterer und redlichen Ökonomen nicht vorherzusehen. Wir befinden uns also quasi im Blindflug, was die öffentlichen Finanzen betrifft.

Auf der Haben-Seite dieser Bilanz steht die aktuelle Situation am Geldmarkt. Derzeit können 10-jährige Staatsanleihen mit einer negativen Verzinsung aufgenommen werden. Die Republik konnte im Juni sogar eine 100-jährige Anleihe mit einem jährlichen Fixzins von 0,85 Prozent erfolgreich am Kapitalmarkt platzieren. Derartige Instrumente einer fast unbegrenzten Laufzeit wurden in der Vergangenheit vor allem dann

eingesetzt, wenn ein Land in einen Krieg eintrat und der Patriotismus der Anleger schier grenzenlos war.

Öffentliche Investitionen überprüfen
Österreich erlebt keinen kriegsähnlichen Zustand, aber diese historische Ausnahmesituation einer de facto „Gratis“-Neuverschuldung sollte nicht überstrapaziert werden. Auch während der Corona-Krise dürfen wir nicht alle Gesetzmäßigkeiten der zwischenzeitlichen Budgetbeschränkungen über Bord werfen. Ein zinsloses Darlehen bedeutet zwar, dass der Zinsdienst nichts kostet, aber fremdfinanzierte Investitionen müssen trotzdem eine volkswirtschaftliche Rendite einbringen, um wieder zurückgezahlt zu werden.

Notwendig ist daher im Sinne eines modernen „Spending Reviews“ erstens eine genaue Überprüfung von öffentlichen Investitionen nach ihrem Nutzen und zweitens auch ein konkreter wie verbindlicher Konsolidierungsplan. Vorbild könnte hier Deutschland sein. Österreichs größtes Nachbarland hat ein „Corona-Subkonto“ der Staatsschulden gebildet und dessen konkreter Tilgungsplan sieht vor, dass die über die „regulären“ Schulden hinausgehenden 100 Mrd. Euro an „Corona-Schulden“ ab 2023 innerhalb von 20 Jahren zurückgeführt werden, also fünf Mrd. Euro pro Jahr.

Ohne Reformen steigen Schulden
Diesen Tilgungsplan auch in Österreich einzurichten, wäre ein Gebot der Stunde. Denn es wird gerne offiziell verschwiegen,

dass bereits vor der Krise aufgrund der demografischen Entwicklung die Grenzen der Staatsverschuldung in Österreich erreicht wurden. Eine Prognose aus der „Prä-Corona-Zeit“ verdeutlicht den Handlungsbedarf: Ohne Reformen im Pensions-, Gesundheits- und Pflegesystem steigen die Staatsschulden auf 137 Prozent des BIP bis 2060.

„Fremdfinanzierte Investitionen müssen eine volkswirtschaftliche Rendite einbringen, um wieder zurückgezahlt zu werden.“

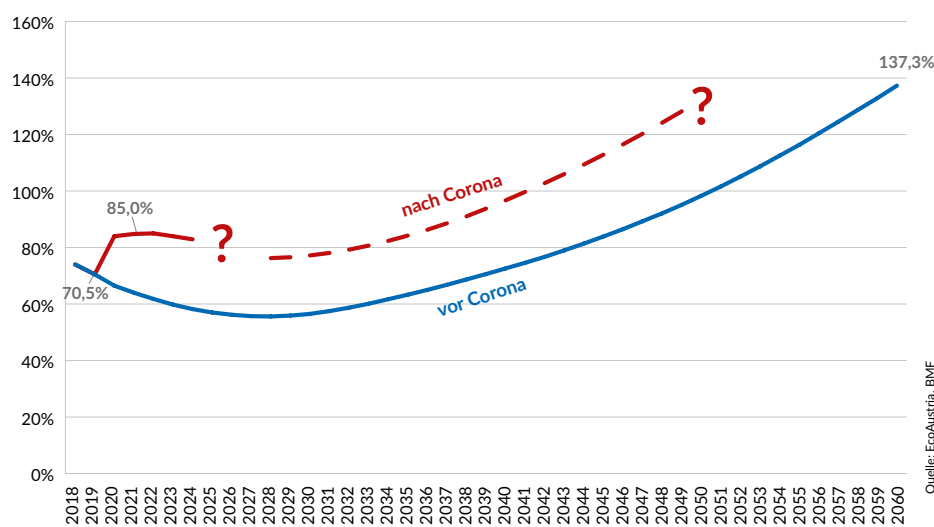
Mit einem derzeitigen Ausblenden dieser „Schuldendynamik“ hat der Reformbedarf eine kurze Atempause erhalten. Die Corona-Hilfspakete könnten jedenfalls auch ein Weckruf sein, endlich diesen Tatsachen ins Auge zu schauen und zu handeln.

KONTAKT

Clemens Wallner,
Wirtschaftspolitischer Koordinator
der IV: clemens.wallner@iv.at

Quo vadis Austria?

Langfristige Staatsschuldenentwicklung in Österreich in % des BIP



Bereits vor der Corona-Krise wurden wegen der demografischen Entwicklung die Grenzen der Staatsverschuldung erreicht: Ohne Reformen im Pensions-, Gesundheits- und Pflegesystem steigen die Staatsschulden auf 137 Prozent des BIP bis 2060.

GASTKOMMENTAR

Mit neuen Koalitionen gegen die große Krise

In der Corona-Ausnahmesituation verfestigt sich, was sich schon länger abzeichnet: Rot-schwarze Regierungs-Tanker sind ein Auslaufmodell. Stattdessen suchen und finden beide Lager kleinere Alternativen.

Große Projekte brauchen breit aufgestellte Regierungen. In Österreich führte diese Logik lange dazu, dass Sozialdemokraten und Konservative, die beiden großen, aber auch antagonistischen Kräfte des Landes, gemeinsam auf der Regierungsbank Platz nahmen. Das war vor dem EU-Beitritt so und das war auch noch nach der Finanzkrise 2008 der Kitt. Ausgerechnet im Seuchsjahr ist aber alles anders. Ein türkis-grünes Experiment navigiert das Land durch die Corona-Krise. Und das ist gut so.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich ist längst nicht alles gut, was uns Sebastian Kurz und sein zahlenverliebter Gesundheitsminister Rudi Anschober zumuten. Pannen, verwirrende Verordnungen und halbherzige Lösungen haben das Bild von der anfangs souveränen Krisenintervention getrübt. Dennoch käme angesichts einer Pandemie, für die es keine Erfahrungswerte gibt, kaum jemand zum Schluss, dass eine große Koalition alleine wegen ihrer historischen Verdienste vor solchen Fehlern gefeit wäre. Das, und Österreichs passable Corona-Eckdaten im europäischen Vergleich, trägt zu weiter soliden Umfragewerten für die Koalitionäre bei. Die Entscheidung von Kurz und Grünen-Chef Werner Kogler, es gemeinsam zu versuchen,

war aber noch unbeeinflusst von PCR-Tests oder 7-Tage-Inzidenzen. Für die ÖVP war es die Abkehr vom Prinzip des exzessiven Abtausches zweier Großparteien mit universellem Gestaltungsanspruch. Was im Alltag stets den Preis treibt und Wirkung kostet. Dass Kurz' Erstversuch für eine Groß/Klein-

„Ausgerechnet in der Zeit des größten Ausnahmestandes verfestigt sich in Österreich eine demokratische Normalität.“

Variante mit der FPÖ auf Ibiza geplatzt ist, war eine glückliche Fügung des Schicksals. Rund um den Globus beweisen gerade (Rechts-)Populisten, deren Kraftquelle das Verstärken von Unzufriedenheit ist, dass sie in der Pandemie die denkbar schlechteste Besetzung sind. Spannend ist deshalb der Blick nach Oberösterreich, wo Manfred Haimbuchner versucht, seine Blauen aus diesem Eck des Rabaukentums herauszu-

halten. Ob daraus ein überregionales Modell werden kann, bleibt zu beobachten.

Aktuell geht es um das türkis-grüne Geschäftsmodell. Mit einer ÖVP, die im Sinne von Kurz ihren Markenkern als migrationskritische Wirtschaftspartei auslebt, auch wenn das die Grünen immer wieder in Gewissenskonflikte bringt. Der Status als Regierungspartei und Gestaltungsspielräume in Klimaschutz und Ökologisierung der Infrastruktur scheinen aber die Partiefamilie des Juniorpartners bei Laune zu halten. Zumindest lässt die erste Testwahl mit einem grünen Plus in Wien diesen Schluss zu. Auch in Wien hat sich Bürgermeister Michael Ludwig frühzeitig von einer großkoalitionären Variante distanziert. In der dominanten SPÖ standen ab dem Wahlsonntag nur die Abwägungen zwischen dem erprobten grünen Partner und den Neos im Vordergrund. Zumindest mittelfristig sollte die strategische Umorientierung der beiden Großparteien auch der wirtschaftsliberalen Kleinpartei auf allen Ebenen Chancen bringen – womöglich sogar als Teil von Dreierkonstellationen.

Wer angesichts der Aufräumarbeiten nach der Corona-Krise um den Schulterchluss der großen Kräfte bangt, sei an den jüngsten

Abschluss der Metaller-Lohnrunde in Rekordzeit erinnert. Das war nicht nur ein kräftiges Lebenszeichen einer Sozialpartnerschaft, die sich in rot-schwarzer Vergangenheit den Ruf als kontraproduktive Nebenregierung erworben hat. Ihr ist im nächsten Jahr ein wesentlicher Sanierungsbeitrag zuzutrauen und zuzumuten. Ausgerechnet in der Zeit des größten Ausnahmestandes verfestigt sich in Österreich also eine demokratische Normalität. Das Spiel der wechselnden Kräfte, das bunter geworden ist.



Lucian Mayringer beschreibt und kommentiert für die „OÖNachrichten“ von Wien aus die österreichische Innenpolitik.

Die Industrie und ihre Partner halten Österreich weiter am Laufen



Im Lockdown Nummer 2 läuft die Produktion weiter – das wird mit dafür sorgen, dass sich die ökonomischen Auswirkungen für Österreich diesmal in Grenzen halten werden.

Unsere Unternehmen haben in den vergangenen Monaten beeindruckend bewiesen, dass sie durch höchste Sicherheitsstandards ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schützen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben gemeinsam Verantwortung übernommen – umso richtiger war die Entscheidung der Bundesregierung, die Produktion in Österreich – ebenso wie den Handel – unter Sicherheitsvorkehrungen weiter arbeiten zu lassen. Dazu kommt, dass

- der Personen- und Warenverkehr weiterläuft und keine Grenzen für Geschäftsreisende geschlossen werden;
- auch während der nächtlichen Ausgangsbeschränkung zum Arbeitsplatz gefahren werden darf und somit beispielsweise die Schichtarbeit aufrechterhalten werden kann;
- „Working from Home“ eine Empfehlung, aber nicht vorgeschrieben ist;
- Kindergärten und Schulen geöffnet bleiben, um auch die Kinderbetreuung bzw. den Bildungsfortschritt zu sichern.

Was allerdings (noch) fehlt, ist eine von vielen Virologen empfohlene Verkürzung der Quarantänezeit für Kontaktpersonen 1 auf zumindest 7 bzw. 8 Tage und ein damit verbundenes „heraustesten“. Dies würde eine frühere Rückkehr an den Arbeitsplatz ermöglichen.

Das Learning aus den vergangenen Monaten ist zudem, dass es auch und insbesondere auf regionaler Ebene ein mit Menschen und Betrieben gut abgestimmtes Krisenmanagement geben muss. Die Auswirkungen der regionalen Maßnahmen für Wirtschaft und Industrie müssen mitbedacht und berücksichtigt werden. Auch für Unternehmen in umliegenden Gemeinden hätten etwa Quarantäne-Situationen massive Konsequenzen und würden die Produktion wesentlich beeinträchtigen.

Der Weg aus der Krise führt über ein vernünftiges und verantwortungsvolles Miteinander von Bürgern, Politik und Betrieben. Dann können Unternehmen ihren Beitrag für den Wiederaufschwung und die Sicherheit in Österreich leisten – ein Gut, das angesichts von Terror und den Herausforderungen durch COVID-19 wieder wichtiger geworden ist.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 3. November war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter www.iv.at.

„Österreich ist bis zu 60 Prozent vom Export abhängig. Wenn die Firmen nicht reisen, können sie Projekte nicht fertigstellen, können Anlagen nicht servicieren und, vor allem, keine neuen Aufträge akquirieren. Da entstehen die Arbeitslosen von morgen.“

Günther Ofner
Flughafen Wien-Vorstand

„Gesellschaftlich ist deutlich geworden, wie wichtig die Herstellung von systemrelevanten Produkten und technisches Know-how in Österreich und Europa sind.“

Sabine Herlitschka
IV-Vizepräsidentin und
Infineon Österreich-Chefin

„Der Ansatz ist der richtige, auch wenn es an der Abwicklung oft hapert. Kurzarbeit, Liquiditätsunterstützung, Investitionsprämie oder das Impulsprogramm des Landes sind wichtige Maßnahmen. Denn wenn die Wirtschaft schwächelt, haben wir weniger Arbeitsplätze und Wohlstand im Land.“

Markus Comploj
CEO Getzner Holding

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



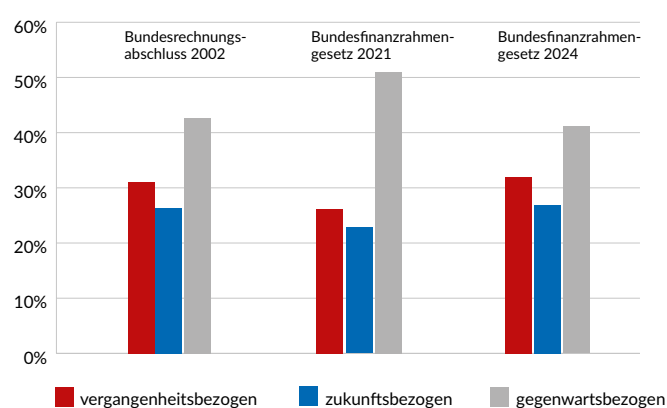
GRAFIK DES MONATS

Die COVID-19-Maßnahmen prägen auch die Verteilung der Ausgaben im Bundesbudget nach ihrer zeitlichen Orientierung. Der Anteil der gegenwartsbezogenen Ausgaben (u.a. Recht und Sicherheit, Arbeit, Soziales, Gesundheit) wächst nächstes Jahr überdurchschnittlich. Dennoch bleibt das Ungleichgewicht zwischen

vergangenheitsbezogenen Ausgaben (u.a. Zuschüsse an Pensionsversicherungsträger, Schuldengeminarung) und zukunftsbezogenen Ausgaben (u.a. Familie, Unterricht, Wissenschaft und Forschung), Verkehr, Innovation und Technologie (Forschungsausgaben) eine Herausforderung für den Standort.

Vergangenheits- und zukunftsbezogene Ausgaben des Bundeshaushalts im Vergleich

Anteile in %

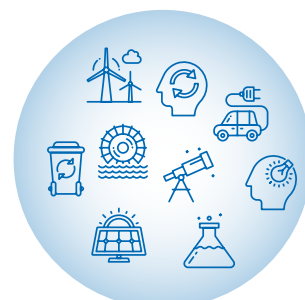


Quelle: Bundesfinanzrahmengesetz 2021 bis 2024

ZAHL DES MONATS

20,04

Konkrete Investitionsanreize sind das beste Mittel, um die durch COVID-19 ausgelöste Wirtschaftskrise zu überwinden. Nur so lässt sich nachhaltiges Wachstum stimulieren, das wir für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen brauchen. Rund 2 Mrd. Euro Investitionsprämie lösten innerhalb von etwa 2 Monaten 20,04 Mrd. Euro an Investitionen aus. Insofern wäre die im Oktober angekündigte weitere Erhöhung der Mittel für die Investitionsprämie für Unternehmen die richtige Maßnahme zur richtigen Zeit.



Der globale Wettbewerb nimmt keine Rücksicht auf die Vergangenheit

Im Oktober wurde F. Peter Mitterbauer zum Vize-Präsidenten der Industriellenvereinigung gewählt. Was ihn an der Industrie fasziniert und an welchen standortpolitischen Schrauben gedreht werden sollte, darüber sprach er mit den iv-positionen.



ZUR PERSON:

Dipl. Ing. F. Peter Mitterbauer, MBA, ist seit 2013 Vorstandsvorsitzender des Industrie- und Technologieunternehmens MIBA AG, einem der führenden strategischen Partner der internationalen Motoren- und Fahrzeugindustrie mit Sitz in Laakirchen. In der IV war er im Vorstand der Jungen Industrie Oberösterreich aktiv, zudem fungiert er in der IV-Oberösterreich als Vize-Präsident. Auf Bundesebene ist er seit Jahren im IV-Bundesvorstand tätig.

Welche sind Ihre ersten Erinnerungen an die Industrie?

Die MIBA ist ein Familienunternehmen. Mein Großvater war Schlosserlehrling und hat sich 1927 mit einer Werkstatt selbstständig gemacht. Nach dem 2. Weltkrieg hat er daraus ein Industrieunternehmen geformt, das von meinem Vater zu einer weltweit tätigen Technologiegruppe weiterentwickelt wurde. Ich bin daher im wahrsten Sinn des Wortes in der Industrie aufgewachsen und war schon früh als Kind in unseren Werken. Zwei frühe Erinnerungen aus meiner Kindheit habe ich: erstens, wie Geschäftspartner bei uns privat zum Abendessen geladen waren und wir Kinder zuhören durften. Die andere ist, wie mein Vater immer gesagt hat, dass Industrie vom lateinischen Wort „industria“ kommt und dies „Fleiß“ bedeutet. Was mich zudem immer fasziniert hat: die Nähe und Verbundenheit und der Zusammenhalt zwischen Mitarbeitern, Management und Eigentümerfamilie. Das macht familiengeführte Industrieunternehmen wie unseres aus.

Was sind derzeit die wichtigsten standortpolitischen Herausforderungen?

Der Standort Österreich und die österreichische Industrie stehen im globalen Wettbewerb. Und der nimmt keine Rücksicht auf Errungenschaften der Vergangenheit. Vielmehr fordern uns erfolgshungrige Mitbewerber aus aller Welt täglich aufs Neue heraus. Um weiter erfolgreich zu sein, müssen wir für die österreichische Industrie die richtigen Voraussetzungen schaffen. Das sehe ich durch noch mehr Tempo bei der

Digitalisierung, egal ob in der Infrastruktur oder in der Ausbildung. Durch Bildungsideen, die jungen Menschen Lust auf Technik und Innovation machen. Und durch eine unideologische und faktenbasierte Klimadiskussion, bei der wir CO₂-Reduktion vorantreiben – jedoch so, dass wir in Österreich und Europa auch weiterhin Wettbewerbsfähigkeit und somit auch Wohlstand langfristig sicherstellen können.

Wo sehen Sie die Zukunft der Industrie in Österreich?

Wenn es uns gelingt, die vielen Veränderungen unserer Zeit proaktiv mitzugestalten, dann sehe ich für die österreichische Industrie eine sehr gute, erfolgreiche Zukunft. Dazu braucht es gerade jetzt in diesen

schwierigen Zeiten einen zukunftsorientierten Zusammenhalt von Industrieunternehmen, Arbeitnehmervertretungen und Politik. Nur gemeinsam werden wir die richtigen Rahmenbedingungen für die aktuellen Herausforderungen schaffen.

Warum engagieren Sie sich, neben Ihrer Tätigkeit als Unternehmer, in der Industriellenvereinigung?

Kein Unternehmen steht für sich allein. Wir alle sind eingebettet in gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen. Ich möchte mich für einen Industriestandort einsetzen, der nachhaltiges Wachstum ermöglicht und somit zukunftsweisende Arbeitsplätze sowie Wohlstand sichert.



Neben IV-Präsident Georg Knill und F. Peter Mitterbauer bilden Vize-Präsidentin Sabine Herlitschka und Vize-Präsident Philipp von Lattorf das Leitungsgremium der IV.

IV-KONJUNKTURBAROMETER

WIRTSCHAFTLICHE ERHOLUNG VERLANGSAMTE SICH IM 3. QUARTAL

Die Industrie zählte bis November zu den am stärksten betroffenen Wirtschaftsbereichen. Warum der neuerliche Lockdown für die Volkswirtschaft weniger schädlich als der erste ist, erklärt IV-Chefökonom Christian Helmenstein.

Bereits seit August verzeichnete IV-Chefökonom Christian Helmenstein eine „Seitwärtsbewegung der wirtschaftlichen Aktivität“. Berechnungen vor dem neuerlichen Lockdown im November zeigten, dass die Industrie mit einem Schaden von mehr als 8 Mrd. Euro zu

den drei von COVID-19 am stärksten betroffenen Wirtschaftsbereichen zählt – nach den sonstigen Dienstleistungssektoren (persönliche Dienstleistungen, Transport, Kultur, Sport) und noch vor der Tourismuswirtschaft (Gastronomie, Beherbergung). Letztere verzeichnete bisher Wertschöpfungsverluste in ähnlicher Größenordnung.

Wie wirkt sich der zweite Lockdown auf die Volkswirtschaft aus? Helmenstein erwartet einen „nicht annähernd so hohen wirtschaftlichen Schaden“, wie beim ersten Lockdown im Frühjahr.

Als Gründe nennt der Ökonom „die geringere Maßnahmenintensität“, etwa bleibt der Grenzüberschritt aus beruflichen Gründen gestattet, Dienstleistungen wie Friseure bleiben ebenso wie Schulen

geöffnet. Zudem nennt er „eine hohe Anpassungseffizienz auf betrieblicher Ebene, um Umsatzeinbußen zu verringern“. Ein Beispiel aus der Gastronomie wäre etwa das Lieferservice. Zudem verweist Helmenstein auf Verhaltensveränderungen bei Konsumenten. So sind Gewöhnungseffekte eingetreten, etwa beim Einkaufen mit Mund-Nase-Schutz. Damit weicht die aktualisierte IV-Prognose geringfügig von der bisherigen ab: Für 2019 erwartet die IV einen BIP-Rückgang um 7,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (statt bisher -7,6 Prozent).

IV-Konjunkturbarometer auf niedrigem Niveau

Das IV-Konjunkturbarometer, das als Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten bestimmt wird, verbesserte sich im dritten Quartal von -9,0 Punkten auf +6,1 Punkte. Dieser Vorzeichenwechsel auf niedrigem Niveau ist allerdings auf die deutliche Verbesserung des Geschäftsganges im Vergleich zum zweiten Quartal zurückzuführen. Die Aussichten trüben sich sogar wieder etwas ein.

Hohe Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel

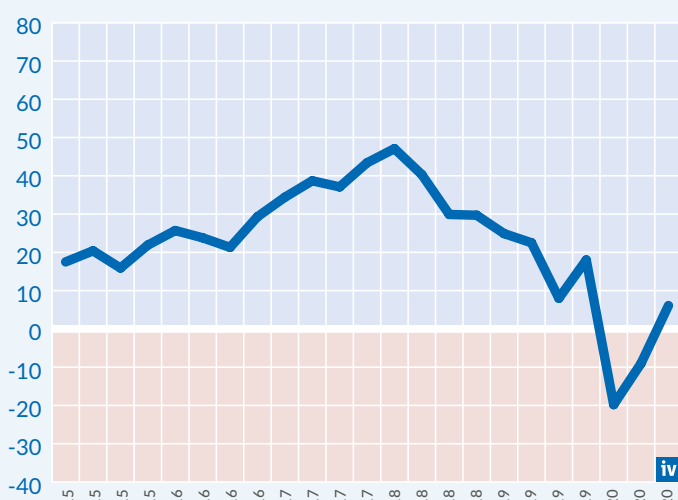
Wie schätzen die Unternehmen die Entwicklung in den nächsten Monaten ein? Bis in das

Frühjahr hinein ist nur mit einer geringfügigen weiteren Verbesserung des Geschäftsganges zu rechnen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Anteil der optimistisch gestimmten Unternehmen von einem Drittel auf unter ein Viertel zurückgegangen ist. Der Indikator „Beschäftigtenstand“ verharrt in deutlich negativem Terrain. Der aktuelle Wert beträgt -23 Punkte nach zuvor -22 Punkten. Mittels „Corona-Kurzarbeit“ konnte zwar – bei hohem budgetären Aufwand – ein ansonsten dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit vermieden werden, doch stehen weitere Beschäftigungsverluste in der Industrie bevor. Positiv ist zu vermerken, dass zum letzten Termin immerhin jedes 25. Industrieunternehmen seinen Personalstand auszuweiten beabsichtigte und dies inzwischen sogar auf jedes 14. Unternehmen zutrifft. Helmenstein schlussfolgert: „Diese Entwicklung unterstreicht das Paradoxon der Parallelität von hoher Arbeitslosigkeit einerseits und einem Fachkräftemangel vor allem in Bezug auf digitale Kompetenzen andererseits, der sich im Wiederaufschwung wachstumshemmend auswirken wird.“

WEBTIPP

Ausführliche Informationen über das IV-Konjunkturbarometer finden Sie unter www.iv.at

KONJUNKTURBAROMETER



Vorzeichenwechsel auf niedrigem Niveau: Das IV-Konjunkturbarometer kletterte im 3. Quartal in den positiven Bereich. Dennoch ist die Industrie noch weit unterhalb der Normalauslastung.

Produktion sicherstellen, Österreich am Laufen halten

Die notwendigen Corona-Maßnahmen sind ein schwieriger Balanceakt zwischen Gesundheit und Wirtschaft. Entscheidend ist, dass die produzierende Wirtschaft weiterarbeiten kann.

Was lange Zeit befürchtet wurde, ist Anfang November Realität geworden – eine zweite Welle der COVID-19-Pandemie hat Österreich fest im Griff und neue, verschärfte Eindämmungsmaßnahmen notwendig gemacht. Mit Monatsbeginn hat die Bundesregierung daher die Notbremse gezogen und einen zweiten Lockdown inklusive nächtlicher Ausgangsbeschränkungen über das Land verhängt. Anders als im Frühling sind dieses Mal allerdings „nur“ die Gastronomie-, Tourismus- und Freizeitwirtschaft sowie der Kulturbereich betroffen – nicht

aber der Einzelhandel. Auch die gesamte produzierende Wirtschaft bleibt geöffnet.

Gerade für Letzteres hat sich die Industriellenvereinigung eingesetzt. Denn die österreichische Industrie bekennt sich selbstverständlich zum Schutz von Gesundheit und Leben der Menschen als oberste Priorität und trägt daher die erforderlichen Maßnahmen entsprechend mit. Gleichzeitig müssen aber weitreichende Auswirkungen für Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze mitbedacht und entsprechend rasch und unbürokratisch Maßnahmen getroffen werden. Die erfolgten Anpassungen bei der

Corona-Kurzarbeit etwa sind ein wichtiger Schritt, der Unternehmen die notwendige Flexibilität, Rechtssicherheit und Planbarkeit ermöglicht.

Diskussion über kürzere Quarantänezeiten

Jetzt gilt es, die Versorgungssicherheit der Menschen aufrecht- sowie das Land und den Wirtschaftsstandort am Laufen zu halten. Unerlässlich dafür ist eine funktionierende Industrie. Die Aufrechterhaltung von Lieferketten und Sicherstellung eines freien Güter- und Personenverkehrs über die Grenzen hinweg, eine pragmatische Regelung und

kürzere Quarantänezeiten (wenn medizinisch vertretbar) bei der Absonderung von K1-Kontaktpersonen sowie eine klare Kommunikation und flexible Regelungen auf Betriebs-ebene beim Thema „Working from Home“ müssen daher Priorität haben. Auch regte die Industrie die Möglichkeit des „Freitestens“ aus der Quarantäne an, denn aufgrund steigender Infektionszahlen wächst die Gefahr, den Betrieb mancherorts nicht aufrechterhalten zu können. Wenn all das gewährleistet ist, dann wird Österreichs Industrie auch weiterhin – und auch unter den herausforderndsten Bedingungen – ihrer Verantwortung für Standort und Arbeitsplätze gerecht werden.

DIGITALES IV-FORMAT „INDUSTRIE-TALK“ GESTARTET

Der Austausch zwischen Industrie und Politik sowie aktuelle Informationen über geplante Entscheidungen und Maßnahmen sind vor allem in stark herausfordernden Zeiten entscheidend. Aus diesem Grund hat die IV im Oktober für IV-Mitglieder das digitale Diskussions-Format „Industrie-Talk“ gestartet. Den Beginn machte Bundeskanzler Sebastian Kurz, der im Gespräch mit IV-Präsident Georg Knill auf die Corona-Krise und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen einging. Ausdrückliches Lob seitens der Politik erhielten etwa die Arbeitsplatz-Sicherheitskonzepte in den heimischen Industriebetrieben, wodurch Ansteckungen dort praktisch nicht stattfinden würden. Problem sei, dass die meisten Infektionen im privaten Bereich erfolgen.

Beim Thema Klimapolitik sprach Knill die bisherigen Leistungen der heimischen Industrie an: „Wir gehören heute zu den weltweit Führenden, was klimafreundliche Produktion betrifft und haben uns auch immer schon zu ambitionierten Klimaschutzziele bekannt, wenn sie realistisch sind und die Umsetzung darstellbar ist.“ Kontraproduktiv sei jedoch der derzeitige „europäische Wettbewerb“ nach dem Motto „Wer bietet mehr?“. Hier stellte der Bundeskanzler klar, dass es nicht das Ziel sein könne, die Industrie aus Europa zu vertreiben. Zentrales Thema war zudem die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt, das ebenfalls im 2. „Industrie-Talk“ mit Arbeitsministerin Christine Aschbacher erörtert wurde. Aus IV-Sicht muss der Fokus auf betriebsnahe Qualifizierung gerichtet werden. Die neue Arbeitswelt mit „Working from Home“ darf keinesfalls zu bürokratischen Hürden führen, sondern muss die gelebte Praxis stärken.



Bund setzt finanziellen Schwerpunkt bei Hochschulen

Im Oktober wurden die Eckpunkte für das Bundesbudget für das kommende Jahr vorgelegt. Die COVID-19-Maßnahmen schlagen sich naturgemäß deutlich im Budget 2020/21 nieder. Um die Krise bewältigen zu können, sind – neben wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen – die richtigen Schwerpunktsetzungen notwendig. Das ist aus Sicht der Industrie im Großen und Ganzen gelungen.

Die Industrie hat sich dafür eingesetzt, dass die Weichen für die post-COVID-Zeit jetzt gestellt werden. In diesem Zusammenhang ist ein Mehr für Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wichtig, um die Folgen auf dem Arbeitsmarkt bewältigen zu können. Positiv hervorzuheben sind außerdem die entsprechenden Schwerpunktsetzungen bei Forschung und Entwicklung sowie im Bereich der Hochschulfinanzierung, wo konkrete Verbesserungen umgesetzt werden konnten:

→ Erhöhung der bundesfinanzierten FH-Fördersätze erreicht

Ab 2021 ist eine Erhöhung der Fördersätze für die bundesfinanzierten FH-Studienplätze um 10 Prozent vorgesehen. Diese Anhebung

ist die größte beitragsmäßige Erhöhung seit 25 Jahren und ein wichtiger Schritt, für den sich die Industrie intensiv eingesetzt hat. Die Budgetsteigerung ermöglicht, dass die Fachhochschulen notwendige Investitionen in Digitalisierung, Internationalisierung und Innovation und die hochschulische Lehre tätigen können.

→ Plus von 1,3 Mrd. Euro für Universitäten

Eine weitere Erfolgsmeldung ist aus Sicht der Industrie das beachtlich gestiegene Universitätsbudget. So stehen den 22 Universitäten für die kommende Leistungsvereinbarungsperiode 2022 bis 2024 um 1,3 Mrd. Euro mehr zur Verfügung. Das bedeutet eine Budgetsteigerung von 12,6 Prozent im Vergleich zur aktuellen Leistungsvereinbarungsperiode. Wichtiges IV-Anliegen ist dabei, dass die „Universitäts-Finanzierung NEU mit Schwerpunkt MINT“ erfolgreich fortgeführt werden kann, um die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, Studienabbrüche zu vermeiden und Studienabschlagsquoten zu erhöhen – insbesondere in dem für die heimische Industrie so bedeutsamen MINT-Bereich.

IV-INFO

Unternehmen nutzen die Forschungsprämie

Die Forschungsprämie ist ein wichtiges Instrument, um F&E und Produktion in Österreich zu stärken bzw. nach Österreich zu ziehen. Das im Oktober vorgelegte Budget für 2021 bestätigt deren Bedeutung für die Industrie. Für das laufende Jahr rechnet das Finanzministerium damit, dass forschende Unternehmen über die Prämie rund 800 Mio. Euro geltend machen – das entspricht rund 6 Prozent der gesamten rot-weiß-roten F&E-Ausgaben. Im Vorjahr waren es 758 Mio. Euro. Für die Anhebung des Prämiensatzes auf 14 Prozent ab 2018 hatte sich die IV erfolgreich eingesetzt. Die Forschungsprämie stärkt die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen, weil sie allen forschungsaktiven Unternehmen zugutekommt. Evaluierungen haben bisher die positiven Effekte der Forschungsprämie für Arbeitsplätze und F&E-Aktivitäten eindrucksvoll gezeigt.

Zudem ist für die IV wichtig, dass das Budget 2020/21 nicht nur den Ausbau von klimafreundlichen Technologien vorsieht, sondern auch die F&E-Mittel für sämtliche standortrelevante Stärke- und Zukunftsfelder abgesichert werden. Deshalb braucht es zusätzlich eine umfassende Technologieoffensive für die angewandte Forschung in Höhe von einer Mrd. Euro in den kommenden Jahren, die insbesondere die digitale Transformation in der Industrie und Zukunftstechnologien konsequent vorantreibt, um damit den nötigen Schub nach vorne zu erzeugen und Österreichs technologische Kompetenzführerschaft auszubauen. Von maßgeblicher Bedeutung ist zudem die Absicherung der F&E-Mittel aus der Nationalstiftung und des Österreich-Fonds über 2020 hinaus und dass diese als „Fonds Zukunft Österreich“ weitergeführt werden.



Wohlstand braucht offene Märkte

Die Corona-Pandemie zeigt deutlich, warum offene Märkte entscheidend für Arbeitsplätze und Wohlstand in Österreich sind. Die Industriellenvereinigung bringt auf den Punkt, wie die internationalen Rahmenbedingungen für europäische und österreichische Betriebe verbessert werden müssen.

Die Corona-Pandemie vermittelt als unfreiwilliges Realexperiment sehr klar, wie stark Wohlstand und Arbeitsplätze in Österreich am Erfolg der Exportwirtschaft hängen. „Der Zugang zu Märkten sowie faire Wettbewerbsbedingungen für Österreich sind daher in Zukunft wichtiger denn je“, erklärt IV-Präsident Georg Knill. Die Zahlen sprechen diesbezüglich eine klare Sprache: Für 2020 prognostiziert die Europäische Kommission eine Reduktion des globalen Handels um 9,7 Prozent. Die heimischen Ausfuhren sind heuer bis Juli um 10,5 Prozent auf 81,5 Mrd. Euro eingebrochen, die für Exporte wichtigen Importe sind um 13,1 Prozent auf 82 Mrd. Euro zurückgegangen. Österreichs Exportmärkte dürften um 9,0 Prozent schrumpfen. Unmittelbare Entspannung ist nicht in Sicht: Eine IV-Erhebung zeigt, dass Wirtschaftsbereiche mit hohem Exportanteil die nächsten Monate kritischer sehen als andere Sektoren. 2021 soll es laut IHS und WIFO bei den Exporten um rund sechs Prozent hinaufgehen.

„Der Zugang zu Märkten sowie faire Wettbewerbsbedingungen für Österreich sind in Zukunft wichtiger denn je.“

Georg Knill
IV-Präsident

Vorsicht vor Regional-Romantik

Wichtig ist es nun aus Sicht der Industrie, aus diesen Entwicklungen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Und die heißen nicht weniger, sondern mehr und regelbasierter Welthandel. Karin Exner-Wöhner, CEO der Salzburger Aluminium Group – mit einem Exportanteil von 90 Prozent – und Vorsitzende des neuen IV-Ausschusses „Europa & Internationale Märkte“: „Die Unterbrechungen von globalen Lieferketten während des

ersten Lockdowns sollten uns nicht zum falschen Schluss führen, dass Protektionismus und Renationalisierung Antworten liefern können. Gerade für ein kleines Land wie Österreich ist es essenziell, dass die Unternehmen ungehindert weltweit aktiv sein können.“ Und IV-Generalsekretär Christoph Neumayer unterstreicht: „Bei aller Romantik rund um Regionalisierung und Nationalisierung sollte niemand vergessen, dass Freihandel die Konsumentenpreise senkt, die Produktvielfalt erhöht, das Einkommensniveau einer Volkswirtschaft hebt und Unternehmen produktiver macht.“

Erleichterungen für das Exportgeschäft

Um es den heimischen Industriebetrieben trotz Corona-Pandemie zu ermöglichen, internationale Märkte zu bearbeiten und Kunden aufzusuchen, hat die Industriellenvereinigung wichtige Erfolge erzielt. Die Einreisebestimmungen wurden adaptiert, damit Personen aus Drittstaaten aus beruflichen Zwecken nach Österreich einreisen können. „Dadurch konnte die Ein- und Ausreiselage signifikant verbessert werden. Uns war wichtig, dass der Berufsverkehr wieder möglich ist. Aber uns ist auch bewusst, dass die international strengen Quarantäne-Bestimmungen weiterhin ein Problem sein werden“, so IV-Präsident Knill. Für die Industrie sind gerade in der aktuellen Situation planbare Rahmenbedingungen bei den Einreiseregulungen wichtig. Die Bestimmungen bezüglich der Einreise nach Österreich aus wirtschaftlichen Gründen dürfen nicht wieder verschärft werden, wünscht sich die Industriellenvereinigung.

„Nicht vergessen werden darf, dass Freihandel die Konsumentenpreise senkt, die Produktvielfalt erhöht, das Einkommensniveau einer Volkswirtschaft hebt und Unternehmen produktiver macht.“

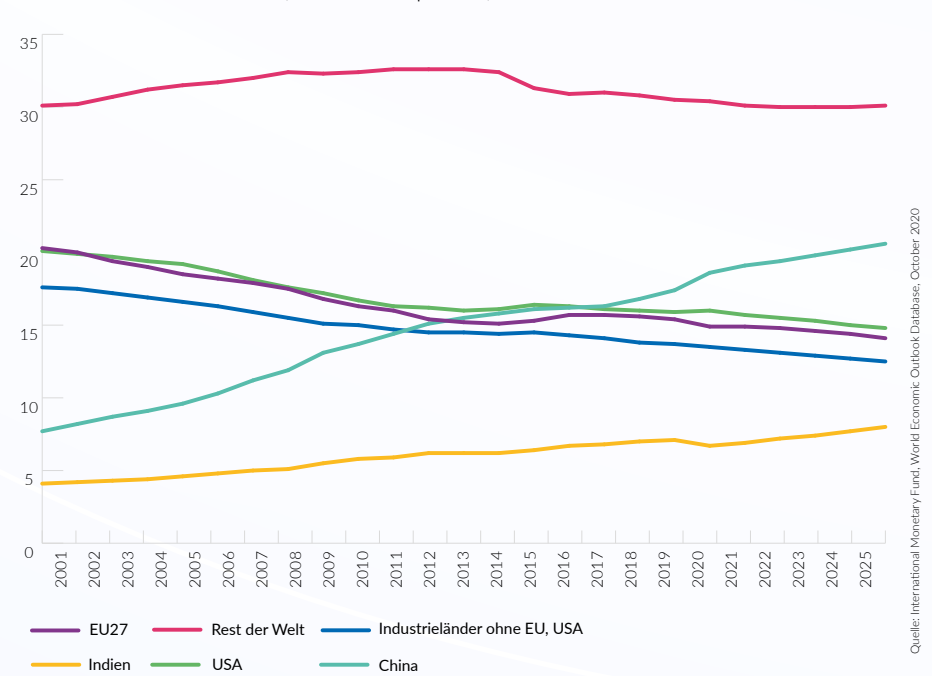
Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

Genauso dürfen die Landeverbote nicht wieder in Kraft gesetzt werden.

Neuer Wachstumsgeografie Rechnung tragen

Klar ist für die Industrie aber auch, dass der Welthandel grundsätzliche neue Impulse braucht – und dass sich Europa und Österreich dabei deutlich positionieren müssen. Die weltweite Wachstumsgeografie hat sich schließlich massiv verändert. Während der Anteil der USA und der EU am Welt-BIP (in Kaufkraftparitäten) seit der

Anteil der EU am Welt-BIP sinkt stärker als jener anderer Wirtschaftsräume in Prozent des Welt-BIP (in Kaufkraftparität)



Die weltweite Wachstumsgeografie hat sich massiv verändert. Während der Anteil der USA und der EU am Welt-BIP (in Kaufkraftparitäten) seit der Jahrtausendwende deutlich zurückgeht, ist jener Indiens und Chinas geradezu explodiert.



Jahrtausendwende deutlich zurückgeht, ist jener Indiens und Chinas geradezu explodiert. Wirtschaftsregionen, wie insbesondere Südostasien, aber auch Teile Afrikas oder Südamerikas, haben an Bedeutung gewonnen. Exner-Wöhler: „In einer Zeit, in der Wirtschaftswachstum, Investitionen und Handel zunehmend außerhalb Europas stattfinden, brauchen wir eine aktive europäische und österreichische Handelspolitik, die weltweiten Marktzugang schafft und faire Handels- und Investitionsregeln durchsetzt.“ Nachfolgend ein Überblick über die wichtigsten Handlungsfelder und Maßnahmen aus Sicht der IV.

Weltweiter Marktzugang durch EU-Wirtschaftsabkommen

Für den österreichischen Wirtschaftsstandort ist der bestmögliche Zugang zu den internationalen Exportmärkten ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor. Die EU hat bereits 43 Wirtschaftsabkommen abgeschlossen, die überaus positive Wirkung entfalten. 2011 trat etwa das Freihandelsabkommen EU-Korea in Kraft. Seitdem haben europäische Exporte nach Korea um 76 Prozent zugenommen, die heimischen um 10 Prozent. „Die EU-Kommission und die Bundesregierung sind gemeinsam gefordert, die positiven Effekte der Abkommen stärker in das Bewusstsein der Menschen zu bringen“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Europäisches und österreichisches Ziel muss es sein, durch eine aktive Handelspolitik die internationalen Standards des globalen Handels mitzugestalten – und bestmöglichen Marktzugang für die österreichische und europäische Industrie zu schaffen. Dabei spielt auch das Mercosur-Abkommen eine wichtige Rolle. Neumayer in Richtung Kritiker: „Das Abkommen ist kein Allheilmittel, kann aber als Hebel für den Klimaschutz wirken. Denn darin ist eine klare Verpflichtung zum Pariser Klimaabkommen, zur Aufforstung des Regenwaldes und zum Vorgehen gegen illegale Brandrodungen enthalten. Ohne Abkommen gibt es diese Chance nicht.“ Die transatlantische Partnerschaft soll durch ein eigenes Wirtschaftsabkommen vertieft werden. Im EU-UK-Handelsabkommen muss verankert sein, dass es keine Zölle im Warenverkehr, einen weiterhin offenen Zugang zum öffentlichen Beschaffungs- sowie

„Gerade für ein kleines Land wie Österreich ist es essenziell, dass die Unternehmen ungehindert weltweit aktiv sein können.“

Karin Exner-Wöhler
Vorsitzende des IV-Ausschusses
„Europa & Internationale Märkte“

Dienstleistungsmarkt, keine Restriktionen für Direktinvestitionen und die gegenseitige Anerkennung technischer Standards gibt, fordert die Industrie. Ebenso ist das in Verhandlung befindliche EU-China-Investitionsabkommen von hoher Bedeutung.

WTO zukunftsfit machen

Ein wichtiges Thema für die Zukunft des Welthandels ist die künftige Rolle der Welthandelsorganisation (WTO). Als Hüterin des multilateralen Handelssystems muss sie gerade angesichts zunehmender Handelsdispute gestärkt werden. Für eine Modernisierung der WTO und mehr Effektivität empfiehlt die Industrie die Abkehr vom Konsensverfahren und die Anwendung des Mehrheitsprinzips. Reformiert werden muss auch der Streitbeilegungsmechanismus: Es braucht mehr Richter und mehr Kompetenz, um die zunehmend komplexen Fälle abzuwickeln. Zudem sollen wettbewerbsverzer-

rende Subventionen stärker in den Vordergrund gerückt werden. „Die Kategorie der verbotenen WTO-Exportsubventionen sollte erweitert werden. Werden Kapazitäten für den Weltmarkt produziert, die nicht benötigt werden, sondern Produktpreise deutlich senken bzw. Mitbewerber verdrängen sollen, entstehen sogenannte Überkapazitäten gegen die entschieden vorzugehen ist“, schlägt IV-Ausschussvorsitzende Exner-Wöhler vor.

Fairness bei Investitionskontrollen

Die EU hat vor allem mit Blick auf China neue Regeln beschlossen, wie in Europa Firmenbeteiligungen bzw. Übernahmen von Investoren aus Drittstaaten überwacht werden können. Aus Sicht der Industrieländervereinigung sind diese Regeln aber nicht ausreichend genug, um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. So hat China 33 Sektoren für ausländische Investitionen ganz oder teilweise gesperrt und erzwingt dadurch Joint Ventures und damit verbundenen Technologietransfer. Die IV fordert daher einen institutionalisierten EU-Mechanismus zur Kontrolle drittstaatlicher Direktinvestitionen und die Anwendung des Reziprozitätsprinzips: Wenn etwa nur ein teilweiser oder kein Marktzugang für europäische Investoren gegeben ist, soll dies auch entscheidendes Kriterium bei der Kontrolle drittstaatlicher Investitionen sein.

Problemlösungsorientierte Klimapolitik

Österreichs Industrie bekennt sich zur im Pariser Klimaschutzabkommen verankerten Gesamt-Emissionsreduktion von 40 Pro-

zent bis zum Jahr 2030 gegenüber 1990, fordert aber eine Umsetzung dieser Ziele, die Probleme tatsächlich löst – und nicht neue schafft. Exner-Wöhler: „Um Wettbewerbsnachteile für europäische Unternehmen zu verringern sowie um die klimapolitisch ambitionierte Position der EU gegenüber anderen Staaten glaubwürdig zu untermauern, sind Mechanismen und Instrumente in Form von Abgaben einzuführen, die auf die Treibhausgas-Emissionslast von Importen abstellen.“ Vorstellbar sind für die Industrie Instrumente, welche die mit Produktion und Transport von konkreten Gütern verbundene Treibhausgas-Emissionslast mitberücksichtigen (z.B. Border Tax Adjustments). Eine Option sind auch Mechanismen, die sich an den Gesamt-Treibhausgasemissionen eines Drittlandes – bezogen auf dessen Wirtschaftsleistung (CO₂-Äquivalente bezogen auf die Wirtschaftsleistung) – orientieren.

Modernes Vergabe- und Beihilfenrecht

Ein wichtiges Instrument für faire Wettbewerbsbedingungen auf den globalen Märkten ist aus Sicht der Industrie auch das österreichische und europäische Vergabe- und Beihilfenrecht. So haben EU-Unternehmen in manchen Drittstaaten nur sehr beschränkten Zugang zum öffentlichen Beschaffungsmarkt, während Drittstaatsunternehmen in der EU ohne wesentliche Beschränkungen an Vergabeverfahren – auch an solchen mit hoher Ko-Finanzierung durch die EU – teilnehmen können. Um einen verbesserten Zugang zu Beschaffungsmärkten herzustellen, soll die EU Verhandlungen u.a. mit China, Russland und Indien über einen Beitritt zum Government Procurement Agreement (GPA) der WTO vorantreiben. Bis zum Beitritt dieser Drittstaaten zum GPA sollen bilaterale Zugangserleichterungen zu internationalen Beschaffungsmärkten – etwa über Freihandelsabkommen – umgesetzt werden.

IV-Präsident Georg Knill: „Für wieder stabiles Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze ist der Welthandel nicht das Problem, sondern die Lösung. Umso wichtiger ist es, dass der Zugang zu Märkten sowie faire Wettbewerbsbedingungen für Österreich und Europa gerade jetzt Top-Ziele der wirtschaftspolitischen Agenda sind.“

WAS DER INTERNATIONALE HANDEL FÜR ÖSTERREICH BEDEUTET

- 54 Prozent des österreichischen BIP werden durch Exporte generiert.
- Im produzierenden Sektor (ohne Bauwesen) beträgt die Exportquote 57 Prozent.
- 2019 hat Österreich Waren für 157,8 Mrd. Euro importiert (Top-3-Ursprungsländer: D, ITA, CHI) und für 153,5 Mrd. Euro exportiert (Top-3-Destinationen: D, USA, ITA) sowie Dienstleistungen im Wert von 68,2 Mrd. Euro ausgeführt (Top-3-Destinationen: D, CH, UK) und für 58,4 Mrd. Euro eingeführt (Top-3-Ursprungsländer: D, UK, ITA).
- 1,7 Mio. Menschen arbeiten in Österreich in exportorientierten Unternehmen – damit hängt jeder zweite Arbeitsplatz direkt am Welthandel.
- 659.000 Jobs werden in Österreich durch EU-Exporte in Drittstaaten gesichert.
- Die Investitionen heimischer Betriebe im Ausland betragen 209,2 Mrd. Euro (Top-3-Märkte: D, NED, CZE), ausländische Direktinvestitionen in Österreich 175,1 Mrd. Euro (Top 3-Investoren: D, R, USA).

Das IV-Netzwerk für junge „High Potentials“ geht in die zweite Runde

Mit dem „Young Leaders Circle“ hat die IV ein attraktives Programm für junge Führungskräfte entwickelt.

Im vergangenen Jahr hat die IV den „Young Leaders Circle“ initiiert. Der neue Lehrgang bietet jungen Menschen an der Schnittstelle zwischen Industrie, Politik, Public Management und Wirtschaft eine außergewöhnliche Plattform für den Austausch unter diesen verschiedenartigen Arbeitswelten. Im Herbst ist der zweite Jahrgang mit 16 künftigen Führungskräften an den Start gegangen.

Austausch mit Top-Unternehmern und Wissenschaftlern

Das erste Modul stand ganz im Zeichen des Themas „Leadership“. Dabei profitierten die jungen Teilnehmer vom Austausch mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Industrie, u.a. mit der Geschäftsführerin der Porr-Tochter Strauss Property Management, Birgit Wagner. Weiteres Highlight war die Diskussion mit Unternehmensgründer und Digitalexperte Michael Hirschbrich, der über seine Erfahrungen im Silicon Valley aus erster Hand berichtete. Ebenfalls auf der Agenda stand ein Gespräch mit „Kurier“-Chefredakteurin Martina Salomon. Weitere Module des „Young Leader Circle“ sind „Organisationsentwicklung und -kultur“ sowie „Arbeit einer Interessenvertretung“.

Projekt-Initiator und IV-Personalchef Andreas Prenner erklärt die Beweggründe für den Lehrgang: „Die Verfügbarkeit von sogenannten ‚High Potentials‘ ist heute eine



IV-Personalchef Andreas Prenner und Genetiker Markus Hengstschläger haben das IV-Programm für junge Führungskräfte entwickelt.

Frage der Standortqualität. Unternehmen wie Organisationen sind auch in Corona-Zeiten massiv gefordert, die Führungskräfte von morgen mitzuentwickeln. Die Initiative ‚Young Leaders Circle‘ hat hier in Österreich eine Vorreiterrolle übernommen.“ Als wissenschaftlicher Leiter fungiert der Genetiker Markus Hengstschläger.

WEBTIPP

Informationen über „Young Leaders Circle“ finden Sie unter: <https://tylc.at>



BUCHTIPP

Die Fähigkeit, Probleme zu lösen

„Das SARS-CoV-2-Virus machte klar, wie unverzichtbar es ist, globale aktuelle Probleme anzugehen, zeigte aber auch, wie wichtig es plötzlich sein kann, kleine, vielleicht unter anderen Umständen banal wirkende Probleme lösen zu können“, schreibt der Genetiker und wissenschaftliche Leiter des „Young Leader Circle“, Markus Hengstschläger, in seinem aktuellen Buch „Die Lösungsbegabung“. Die Fähigkeit, Probleme zu lösen, sei wichtiger denn je, doch seien viele Menschen damit überfordert. Unsicherheit und Angst hemmen die Entscheidungsfähigkeit. Auch Ängste seien genetisch mitbestimmt. Der Instinkt gewinne zu oft die Oberhand über unsere Vernunft. Hengstschläger zeigt in seinem Sachbuch, dass wir nicht auf unsere Gene reduzierbar sind, der Mensch hat sein Leben selbst in der Hand.

Markus Hengstschläger, „Die Lösungsbegabung. Gene sind nur unser Werkzeug. Die Nuss knacken wir selbst.“, Ecowin, 265 Seiten.

AKTUELLES IN KÜRZE

WU4Juniors-Summerschool

Für wirtschaftsinteressierte Jugendliche zwischen 16 bis 19 Jahren bietet die WU Wien in Zusammenarbeit mit der Berndorf Privatstiftung und IV im Juli 2021 eine einwöchige WU4Juniors-Summerschool an. Dabei können Jugendliche Uni-Luft schnuppern und in die Welt der Wirtschaft eintauchen. Bewerbungen sind bis 31. März 2021 unter <https://www.wu.ac.at/wu4juniors> möglich.



Zentrales Zukunftsthema Fachkräfte

Der virtuelle Besuch von Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck im IV-Ausschuss für Bildungs- und Gesellschaftspolitik zeigte, dass die Verfügbarkeit von Fachkräften wichtiges politisches Thema bleiben muss. Durchaus vorstellbar ist für die Ministerin eine „Schirmherrschaft“ ihres Ressorts für eine Fachkräftestrategie, wie die IV sie vorschlägt: vorrausschauend und aufgebaut

auf sämtlichen thematisch relevanten Säulen wie der Aus- und Weiterbildung, der qualifizierten Zuwanderung oder der Frauenerwerbsbeteiligung. Durch das öffentliche Eintreten für die Lehrausbildung und den Entwurf zu einer umfassenden Migrationstrategie hat die IV dazu bereits Beiträge geliefert. Die neue IV-Taskforce „Fachkräfte und Lehre“ wird weitere Akzente setzen.

Blackout – Risiko- und Krisenmanagement als Schlüssel zur Bewältigung

Während wir alle noch immer mit der COVID-19-Krise beschäftigt sind, könnte möglicherweise schon das nächste Shutdown-Szenario vor der Tür stehen.

Experten rechnen damit, dass in den nächsten fünf Jahren ein sogenannter Blackout eintreten wird. Dabei handelt es sich um einen großflächigen Ausfall der Stromversorgung, der den Zusammenbruch der gesamten Infrastruktur und damit katastrophale Einschränkungen für die gewohnten Abläufe in unserem Alltag zur Folge hätte. Denn ohne Strom steht alles still: Telekommunikation, Wasser- und Treibstoffversorgung, Verkehrsleitsysteme, Heizungs- und Klimaanlage, Computersysteme und vieles mehr sind für unbestimmte Zeit nicht verfügbar, erhebliche persönliche Einschränkungen sowie signifikante wirtschaftliche Schäden für Unternehmen durch Betriebsunterbrechungen wären zu erwarten.

Die Trigger sind vielfältig...

Für einen Blackout kann es viele Ursachen geben: Cyber-Attacken und Terroranschläge,

Naturkatastrophen, menschliches Versagen und vor allem unzureichende Netzstabilität. Die Stromversorgung basiert auf Systemen, die aufgrund ihrer Komplexität fehleranfällig sind, wodurch Kettenreaktionen ausgelöst werden, die dann zu überregionalen Ausfällen in der Energieversorgung führen. Alle diese potenziellen Ursachen dauerhaft auszuschalten, ist nicht möglich, die Bedrohung durch einen künftigen Blackout ist somit derzeit sehr real, wenngleich die Wahrscheinlichkeit dafür, rein mathematisch betrachtet, gering ist.

...die Lösungen im Risiko- und Versicherungsmanagement auch!

Blackout-Szenarien sollten deswegen auch bei den Notfall- und Betriebsfortführungsplänen (Business Continuity Management) berücksichtigt sein. Besonders Kommunen und öffentliche Einrichtungen sowie

Unternehmen der kritischen Infrastruktur haben hierbei eine besondere Verantwortung. Die Vorbereitung der lokal zuständigen Behörden und Einsatzorganisationen auf ein Blackout-Szenario sind österreichweit sehr unterschiedlich. Es gibt derzeit keine einheitlichen Regeln oder Vorgehensweisen, vielerorts wurde ein Notfallplan, wenn überhaupt vorhanden, noch nie erprobt oder simuliert.

Umso mehr ist die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung eine zentrale Basis für alle anderen notwendigen Maßnahmen. Experten gehen hier davon aus, dass diese bis zu zwei Wochen notwendig sein könnte. Das Bewusstsein dafür ist in der Bevölkerung nur in geringem Maße verankert. Wesentlich ist, durch eine offene Sicherheitskommunikation sowie gezieltes Risiko- und Krisenmanagement das Gefühl der Sicherheit zu haben, für den Ernstfall vorbereitet zu sein.



ÜBER DEN AUTOR

Johannes Vogl ist Leiter der GrECO Risk Engineering GmbH in Wien. Er ist Risiko-Engineer mit mehr als 15 Jahren Erfahrung im Bereich Large Risk Management und Insurance. GrECO ist der führende österreichische Risiko- und Versicherungsmanager für die Industrie, den Handel und den öffentlichen Sektor und in jedem Bundesland mit einer eigenen Niederlassung vertreten.

Neues Team für die Junge Industrie

Bei einem Online-Talk stellten sich der JI-Vorsitzende und sein Team den JI-Mitgliedern vor. Zudem diskutierte die JI anlässlich der US-Wahlen mit US-Botschafter Trevor Traina.

In der JI-Bundesvorstandssitzung im Oktober wurde ein neues Vorsitzteam für die Funktionsperiode bis 2023 gewählt: Matthias Unger, langjähriger Vorsitzender der Landesgruppe NÖ/Bgld. übernimmt die Agenden des Bundesvorsitzenden von Andreas Wimmer, der diese Funktion seit 2017 innehatte. Als neue Stellvertreterin wurde Katharina Rhomberg-Shebl, Vorsitzende der JI-Vorarlberg, gewählt. Nikolaus Griller, Vorsitzender der Wiener Landesgruppe, war bereits in der vergangenen Funktionsperiode stellvertretender Bundesvorsitzender und wurde wieder als solcher bestätigt.

Nach der Bundesvorstandssitzung fand, als ein Ausschnitt aus der ursprünglich geplanten Bundestagung in Krems, ein Online-Event statt, bei dem sich das neue Vorsitzteam den Mitgliedern vorstellte. Im Anschluss folgte ein „grenzenloser“ Talk mit dem US-Botschafter in Wien, Trevor Traina. Zu Beginn der Veranstaltung war Andreas Wimmer als scheidender Bundesvorsitzender am Wort, der dem neuen Vorsitzteam mit auf den Weg gab, „mutig zu sein“ und die „Zeit in der JI zu nutzen“.

US-Botschafter Trevor Traina, aus familiären Gründen seit Kindheit mit Verbindungen zu Wien, erklärte im Talk mit Matthias Unger sehr sachlich die aktuellen Prioritäten der US-Politik gegenüber Europa. Er sah dabei auch keinen Bruch der Unterstützung und Partnerschaft zwischen den USA und der EU, wiewohl die US-Regierung aktuell eben gewisse Forderungen gegenüber Europa habe. Bilateral sei gerade das Verhältnis zwischen Washington und Wien sehr gut – zu beiderlei wirtschaftlichem Nutzen.



V.l.n.r.: Matthias Unger, Katharina Rhomberg-Shebl und Nikolaus Griller



JI-Vorsitzender Matthias Unger im Gespräch mit US-Botschafter Trevor Traina

INFO

Infos zum neuen Team und seinen Schwerpunkten findet ihr unter www.jungeindustrie.at

START-UP MEETS INDUSTRY

Corona-bedingt wurde der „Pitch im Paternoster“ heuer online abgehalten. Das Start-up UBIRCH konnte die Jury mit seiner Kryptografie- und Blockchain-Technologie am Ende überzeugen und wurde zum Sieger des „PiP 2020“ gekürt.

Neben dem Pitch fand auch ein Start-up-Talk mit dem Gründer der Online-Bank N26, Valentin Stalf, statt, der ebenso als Juror fungierte. Der Event wurde heuer von JI-Bund und JI-Wien gemeinsam mit dem Elevator Lab der RBI organisiert. Unterstützung kam dankenswerterweise auch heuer von IV und Aktienforum.

Alle Infos unter: www.jungeindustrie.at



Auch wenn heuer nicht in den Paternoster-Kabinen gepitched werden konnte, ließ sich Valentin Stalf eine Ehrenrunde mit dem Aufzug nicht nehmen.



N26-Gründer Valentin Stalf (r.) im Gespräch mit JI-Wien Vorstandsmitglied Ludwig Malina-Altlinger



Christian Wolf (Elevator Lab, RBI) und Niki Griller moderierten den „Pitch im Paternoster 2020“.



UBIRCH gewann den „Pitch im Paternoster 2020“.



Zeitalter der Digitalisierung

Die Zukunft ist digital. Am Weg dorthin müssen wir in Österreich noch einiges verbessern.

First things first: Ich möchte mich an dieser Stelle einmal für die Wahl zum JI-Bundesvorsitzenden und das damit einhergehende Vertrauen bedanken! Vor allem möchte ich meinem Vorgänger herzlich für seinen langjährigen Einsatz für die JI, als Salzburger Vorsitzender und zuletzt als Bundesvorsitzender, danken: „Lieber Andi Wimmer, für Deine nächsten Unternehmungen nur das Beste und danke für den intensiven Austausch vor der Übergabe des JI-Vorsitzes!“ Persönlich möchte ich hier zudem betonen: Meine Stellvertreter, Katharina Rhomberg-Shebl aus Vorarlberg und Niki Griller aus Wien, und ich sind als Team angetreten und werden unsere Funktionsperiode gemeinsam gestalten. Ich bin dankbar, Teil eines starken Teams zu sein!

Die JI wird einige neue Themen aufgreifen, heute will ich mich auf mein zentrales Anliegen konzentrieren. Der Titel sagt bereits alles: Wir leben im Zeitalter der Digitalisierung – wer heute den Anschluss verpasst, wird morgen nicht mehr erfolgreich sein. Daher sind wir gut beraten, an allen Stellschrauben zu drehen – gerade auch in der Industrie. Denn Digitalisierung bedeutet nicht einfach nur, manche Verwaltungsabläufe, die früher analog abliefen, zu digitalisieren. Untersuchungen zufolge werden aktuell von allen vorhandenen, ständig neu generierten Daten gerade einmal zehn Prozent strukturiert und analysiert. Alleine hier ist ein unglaubliches Wachstumspotenzial vorhanden. In vielen Bereichen wird es auch einen Mentalitätswandel brauchen. Nur ein paar Beispiele: In Unternehmen in den USA arbeiten im Schnitt zwei Drittel im Vertrieb/Verkauf, ein Drittel in der Verwaltung – in Europa ist das Verhältnis tendenziell umgekehrt. Unsere technischen Universitäten sind durchaus gut – aber viel zu selten werden gute Ideen auch in neue Produkte, Lösungen oder Geschäftsmodelle umgemünzt. Eine „Kultur des Scheiterns“ ist in Österreich ohnehin eher Mangelware. Das gilt auch für das damit zusammenhängende Thema Start-ups: Wir haben tolle Frühfinanzierungen und geradezu eine Start-up-Eventkultur – aber in der Spätphase wird es schwierig, Venture Capital fehlt oft. In Folge gehen viele junge, erfolgreiche Unternehmen früher oder später ins Ausland.

Hier müssen wir besser werden. Als Familienunternehmer denke ich in Generationen, wir müssen den Standort Österreich langfristig absichern. Das gelingt aber nicht durch Konservieren des Status quo, sondern nur, wenn wir jetzt auch neue Wege gehen, um nicht irgendwann am Abstellgleis zu landen.

Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sandra Bijelic, Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr, Heidi Abentung. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtcher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300. Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/Infinitio Technologies Austria AG, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/AdobeStock, IV-Salzburg/AdobeStock, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/AdobeStock, IV-Vorarlberg, IV-Wien/EY Point of View

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Österreichs Top-Unternehmer 2020 ausgezeichnet

Am 16. Oktober 2020 wurde der diesjährige „Entrepreneur Of The Year Award“ verliehen. Die IV-Wien ist Partner dieser Initiative.

Beim exklusiven „Winner Dinner“ in der Wiener Hofburg kamen ausgewählte Gäste zusammen, um die Verleihung des EY-Unternehmerpreises zu verfolgen. Der „EY Entrepreneur Of The Year“ (EOY) gehört zu den weltweit renommiertesten Auszeichnungen für Unternehmer und wird seit über 30 Jahren in rund 60 Ländern vergeben. Mit vielen tausend Bewerbungen ist der EOY der größte Unternehmerwettbewerb der Welt.

Der Award wurde in vier Kategorien vergeben: „Industry & Technology“, „Handel & Dienstleistungen“, „Start-ups“ und „Social Entrepreneur“. Zu den Beurteilungskriterien der Fachjury zählten Wachstum, Zukunfts-

potenzial, Innovation, Mitarbeiterführung und gesellschaftliche Verantwortung.

IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan übergab den Award in der Kategorie „Industry & Technology“: Preisträger Stefan Messar hat 2013 das Unternehmen Glorit im Zuge eines Management Buy-Outs übernommen. Der Premiumbausträger zeichnet sich heute vor allem durch ein bestes kalkuliertes Geschäftsmodell aus, das das Unternehmen zum Marktführer in seiner Nische macht. Das Ergebnis: Seit 2014 folgt ein Rekordjahr dem nächsten. Die Schwelle von über 100 aktuellen Projekten in Wien wurde erstmals in diesem Jahr erreicht. Auch der Auftrags- eingang hat die 100-Millionen-Marke zum

ersten Mal geknackt. In den vergangenen Jahren investierten Stefan Messar und Glorit zudem viele Millionen Euro in den Standort Groß-Enzersdorf.

In der Kategorie „Handel & Dienstleistungen“ zeichnete die Fachjury Heinz und Birgit Reitbauer vom Steirerack aus, das seit Anfang der 1990er Jahre (mit kurzer Unterbrechung) das beste Restaurant Österreichs ist. Das Unternehmerpaar wurde außerdem als Vertreter Österreichs beim EY World Entrepreneur of the Year 2021 ausgewählt. Als „Social Entrepreneur“ des Jahres wurde Markus Zeilinger mit seiner fair-finance Vorsorgekasse prämiert. Bei den „Start-ups“ setzten sich Sascha Dennstedt und Christian Harwanegg von Ma-

croArray Diagnostics, einem Hersteller von Allergietests, durch. Die Unternehmerfamilie Greiner mit ihrem traditionsreichen Familienunternehmen gleichen Namens erhielt den „Sonderpreis der Generationen“.



V.l.n.r.: IV-Wien-GF Johannes Höhrhan, Preisträger Stefan Messar, EY Managing Partner Erich Lehner

Junge Industrie auf Baustellen-Tour

Corona macht Freiluft-Aktivitäten populär, auch bei der Jungen Industrie. Neben zahlreichen Online-Veranstaltungen besuchte die JI zuletzt auch zwei Wiener Vorzeige-Baustellen.

Wenn sich auch die meisten Angebote ins Internet verlagern, so gab es in den letzten Wochen für die Mitglieder der Jungen Industrie doch die Gelegenheit, sich im Corona-sicheren Freiluft-Umfeld zwei Wiener Bauprojekte aus der Nähe anzusehen.

Ende September konnte eine kleine Gruppe von JI-Mitgliedern auf Einladung der PORR AG die Baustelle zur Sanierung des Parlamentsgebäudes besichtigen. Die Tour führte mitten ins Zentrum der österreichischen Demokratie und veranschaulichte den Teilnehmern in eindrucksvoller Weise, mit welchem Aufwand die Planung und Ausführung eines Projekts dieser Größenordnung verbunden sind. Vom Aufbau des neuen Glasdachs bis zur Restauration zahlreicher Wandfresken

in mühevoller Kleinarbeit müssen auf dieser Baustelle unzählige Arbeitsschritte – unter



Jl mit Unger Stahl im (vorerst) obersten Stockwerk des neuen Innenstadt-IKEA

Einhaltung strengster denkmalschutzrechtlicher Auflagen – koordiniert werden. Im

wahrsten Sinn des Wortes ein Jahrhundertprojekt. Ein historisches Projekt ganz anderer Art durften die JI-Mitglieder im Oktober beim Westbahnhof bestaunen. Innerhalb von etwa zwei Jahren entsteht dort die erste innerstädtische IKEA-Filiale der Welt. JI-Bundesvorsitzender Matthias Unger, dessen Unternehmen Unger Stahlbau für die Stahlkonstruktion verantwortlich zeichnet, lud zur Besichtigung der Baustelle, wo halb so viel Stahl verbaut wird wie im Eiffelturm. Das dicht verbaute Umfeld und der U-Bahnschacht direkt unter der Baustelle stellen hier die Planer vor ganz besondere Herausforderungen. Dutzende Puzzleteile müssen deshalb jeden Tag ineinandergreifen, damit dieses Vorzeigeprojekt des schwedischen Möbelhändlers zeit- und kostengerecht zu einem gelingenden Abschluss gebracht werden kann.



„Leben in Zeitenwende, die man richtig deuten und gestalten muss“

Die iv-positionen haben mit Christian C. Pochtler, Präsident der IV-Wien, über ein ereignisreiches erstes Jahr als IV-Wien-Präsident gesprochen – Zeit für einen Rückblick und Ausblick.



ZUR PERSON

Christian C. Pochtler
Präsident der IV-Wien

Sie sind nun über ein Jahr Präsident der IV-Wien. Was können Sie rückblickend über dieses Jahr im Amt sagen?

Es war ein in jederlei Hinsicht außergewöhnliches Jahr, in dem viele Themen im wahrsten Sinne virulent geworden sind, die uns alle bewegen und unsere volle unternehmerische Kraft erfordern. Es war jedenfalls auch ein Jahr der großen Veränderungen und Weichenstellungen: Den Anfang machte die neue Regierungskonstellation, es folgten eine epochale Pandemie inklusive Wirtschaftskrise, eine Neubesetzung der IV-Präsidentschaft auf Bundesebene und schließlich eine richtungsentscheidende Wahl in Wien. Wir leben also in mehreren Punkten in einer Zeitenwende, die man richtig deuten und unternehmerisch gestalten muss.

Welche Rolle hat die Industrie dabei eingenommen?

Am Beginn meiner Präsidentschaft stand die Bildung einer neuen Bundesregierung, in der erstmals auch die Grünen mit an Bord sind, im Mittelpunkt. Mit diesem frischen Wind

auf Bundesebene wurden nun Themen wie Umweltschutz und Digitalisierung höher priorisiert, was für die Wiener Industrie von größter Bedeutung ist. Mein Fokus lag von Anfang an darauf, Wien, zusätzlich zu den bekannten und allseits geschätzten Attributen Kunst, Kultur und beste Lebensqualität, noch viel stärker auch als Technologie- und Life-Science-Standort zu positionieren. In diesem Jahr wurden dazu wichtige Weichen gestellt, etwa mit dem überfälligen Ausbau der 5G-Infrastruktur und der angekündigten Milliarden-Investition in Cloud-Infrastruktur in Österreich. Die Industrie ist Problemlöserin nicht nur in Sachen Klima und Digitalisierung, sondern auch bei Lebensqualität und Gesundheit. Das ist gerade in der COVID-Krise noch klarer geworden. Die in Wien entwickelte Gurgellösung für COVID-Tests und das verbesserte RT-Lamp-Verfahren sind nur zwei aktuelle Beispiele unserer Forschungskraft im Life-Science-Bereich. Aber natürlich war dieses Jahr auch extrem fordernd, einerseits in meiner Rolle als Eigentümer eines international agierenden Technologieunternehmens, andererseits mussten wir auch intensiv überlegen, wie wir als Industrievertretung agieren, um den Standort nachhaltig zu sichern.

Wodurch unterscheidet sich die COVID-Krise von vorherigen Krisen?

Diese Krise zeichnet sich dadurch aus, dass sie wahrhaft global ist und wir zur selben Zeit eine schwere Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialkrise erleben. Und noch dazu verbietet sie uns, genau jenes Verhalten, das wir zur Krisenbewältigung als Menschen am dringendsten brauchen: näher zusammenzurücken, menschliche Wärme, Vertrauen zueinander und auch ein wenig Ablenkung und gemeinsam feiern.

Was bedeutet das konkret für die Industrie?

Unsere Unternehmen haben in den vergangenen, sehr herausfordernden Wochen und Monaten alles darangesetzt, den Arbeits-

alltag sowie die Arbeitsabläufe weiter zu digitalisieren, durch Homeoffice Abstand zu halten und die Arbeitsplätze in den Produktionsbereichen so sicher wie möglich zu gestalten. Fehlenden Umsätzen wurde dabei häufig auch mit dem Modell der Corona-Kurzarbeit begegnet. Ein besonderes Augenmerk lag natürlich auf der Aufrechterhaltung der Lieferketten. Zudem hat sich das Hochfahren von Produktionen häufig schwieriger und komplexer gestaltet als das Herunterfahren im März. Den mentalen Zusammenhalt sowie einen gemeinsamen „Spirit“ sicherzustellen, ist in Zeiten des physischen Abstandhaltens eine der wichtigsten Führungsaufgaben. Nun sind wir alle damit beschäftigt, unsere COVID-Learnings abzugleichen und die neuen Perspektiven und Spielregeln für die kommenden Jahre festzulegen.

Wo sollte die Politik Akzente und konkrete Maßnahmen setzen?

Auch die Politik muss ihre COVID-Learnings machen und eine neue Standortbestimmung vornehmen. Die stärkere Rolle des Staates sollte sich dabei aber ausschließlich auf das akute Krisenmanagement beschränken, danach sollte sich der Staat wieder auf die Rolle als Rahmengeber und Standort-Enabler zurückziehen. Strukturelle Reformen im Gesundheitswesen und eine Pensionsreform sollten gerade jetzt angegangen werden. Die Krise hat gezeigt, dass nur eine funktionierende Marktwirtschaft und Unternehmertum Arbeitsplätze schaffen und sichern. Hier verbesserte Rahmenbedingungen – nicht langfristige Subventionen und Alimentierungen – zu bieten, ist mehr denn je das Gebot der Stunde. Dazu gehören deutliche steuerliche und abgabenmäßige Verbesserungen im Bereich der Arbeit (Kalte Progression abschaffen!), um den Konsum wieder anzukurbeln. Auch im Bereich der Unternehmenssteuern und Entbürokratisierung ist weiter großer Handlungsbedarf gegeben. Wir haben in der Krise gesehen, dass Geld

und Finanzierung vorhanden sind – dieses Geld nun aber bitte klug und nachhaltig in die Zukunft investieren, insbesondere in Digitalisierung, F&E, neue Technologien etc.! Und ja, die Klimakrise ist auch noch immer da und erfordert unsere volle Aufmerksamkeit. Ökologisch und ökonomisch handeln zugleich, das ist unsere Herausforderung und Verpflichtung für die Zukunft!

Wie geht es jetzt nach der Wien-Wahl weiter und wo sollte man am dringendsten in Wien ansetzen?

Die COVID-Krise hat viele zum Überdenken von eingefahrenen Positionen aufgefordert. Jetzt zeichnet sich auch in Wien eine neue, noch nicht erprobte politische Konstellation ab. Die Wiener Industrie mit der neuen Regierung wird sicherlich die exzellente Zusammenarbeit, die gerade in den vergangenen Monaten eine sehr enge und sehr gute war, fortsetzen. Wir müssen in Zeiten des Lockdowns zudem sicherstellen, dass Industrie, aber auch Tourismus, Kunst- und Kulturinfrastrukturen nicht nachhaltig, gar für immer zerstört werden. Hier sollte das Gesundheitsmanagement noch mehr auf die verantwortliche Eigeninitiative der Unternehmen und Organisationen setzen. Wichtig ist jedenfalls die Intensivierung von Monitoring und Screening mit schneller Erfassung, wie etwa im Rahmen der „Vienna COVID-19 Diagnostics Initiative“ und einer Ausweitung auf die Betriebe. Dazu gehört auch die rasche Zulassung von schnellen, günstigen Tests, die in Eigenverantwortung durchgeführt werden können.

Die Industrie schaut auf viele Boom-Jahre zurück – heuer läuft es alles andere als gut. Wie zuversichtlich sind Sie für die Zukunft?

Krisen gehören zum wirtschaftlichen Leben ebenso wie die Erfolge. Krisen lehren uns auch, was wir anders und besser machen können. Und würde ich nicht optimistisch in die Zukunft blicken, wäre ich nicht Unternehmer geworden!



„Eines ist klar, die Wirtschaft muss weitergehen“

Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien, sprach mit den iv-positionen über die Corona-Pandemie, die „Wien2030“-Strategie und Zukunftsperspektiven für die Wiener Wirtschaft.



ZUR PERSON

Gerhard Hirczi
Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien

Der Lockdown im Frühjahr hat auch in Wien zu wirtschaftlichen Verwerfungen geführt. Die Stadt hat daher 200 Millionen Euro an Wirtschaftshilfen zur Verfügung gestellt. Welche Rolle spielt die Wirtschaftsagentur Wien bei der Abwicklung dieser Unterstützungsleistungen?

Wir haben den direkten Kontakt zu den

Unternehmen in der Stadt in den letzten Monaten noch intensiviert. Durch Sofort-Förderungen, aber auch durch direkte Beratung. Über 25.000 persönliche Gespräche hat mein Team mit Unternehmerinnen und Unternehmern seit Mitte März geführt. Für uns war klar, den Wiener Unternehmen muss schnell, zuverlässig und niederschwellig geholfen werden. Und zwar nicht als Ersatz für bundesweite Programme, sondern als Ergänzung. Unsere erste Corona-Förderung, Homeoffice, war drei Tage nach dem Lockdown abrufbar. In weiterer Folge haben wir insgesamt acht Corona-Förderprogramme aufgelegt, mit einem Volumen von über 50 Millionen Euro. Gerade weil das Virus zu einer Vollbremsung gezwungen hat, war und ist es von großer Relevanz, aktives Verhalten bei den Unternehmen zu stimulieren. Deshalb haben wir die Förderquoten erhöht, gleichzeitig aber in die Zukunft gerichtete Projekte verlangt, in der gesamten Bandbreite der Wiener Wirtschaft, vom kleinen Webshop für Nahversorger bis zu Innovationen für den Kampf gegen COVID-19. Eines ist klar, die Wirtschaft muss weitergehen.

In Ihrer Funktion als Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien sind Sie auch Mitglied des Vienna Economic Council, des Wirtschaftsbeirats der Stadt Wien. Welche

Bedeutung messen Sie diesem Gremium in der Krise, und darüber hinaus, für die Wiener Wirtschaft bei?

Durch den Lockdown hat sich gezeigt, was ein klug und divers zusammengesetztes Gremium leisten kann. Akute Fragestellungen können aus unterschiedlichen Perspektiven analysiert werden, die Abstimmungswege sind kurz und es gibt schnell konkrete Entscheidungshilfen für die politisch Verantwortlichen. Ich sehe das Vienna Economic Council in einer guten Wiener Tradition des Austausches zwischen den Institutionen: sich nicht gegenseitig Forderungen und Standpunkte auszurichten, sondern gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Zentrales Instrument der Wiener Wirtschaftspolitik ist die vom Vienna Economic Council getragene Strategie „Wien 2030: Wirtschaft & Innovation“. Haben sich die dort verankerten Schwerpunkte – u.a. Gesundheitswirtschaft, Digitalisierung und Smarte Produktion – im Hinblick auf die Krise und ihre Folgen als geeignete Fokusthemen bewährt?

Gerade die hier angeführten „Spitzen Themen“ werden im Zentrum der nächsten Monate und Jahre stehen. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, eine digitalisierte Wirtschaft, ein moderner, starker Fertigungssektor, eine smarte und nachhaltige

Stadt – wer das kann, kann Zukunft, aber auch Krise.

Was sind aus Ihrer Sicht die Top-3-Maßnahmen, um den Standort Wien in den nächsten Jahren aus dem Corona-Tal heraus in eine wettbewerbsfähige Zukunft zu führen?

Ich bin überzeugt, es wird auf den richtigen Mix ankommen und darauf, dass alle an einem Strang ziehen. Wir haben in Österreich außerdem nach wie vor einen großen Hang dazu, uns selbst schlechter zu reden, als wir sind, und zu glauben, es hört uns niemand dabei zu. Das sollten wir uns abgewöhnen. Konkret wird es darum gehen, die Digitalisierung auf allen Ebenen weiter voranzutreiben, mit einer expliziten Beachtung der sozialen Ausprägungen, Stichwort „Digitaler Humanismus“. Langfristig müssen künftige Generationen möglichst gut mit Wissen ausgestattet werden – und hier gilt es, das volle Potenzial aller Kinder aus allen gesellschaftlichen Gruppen zu heben. Und was wir auf jeden Fall bleiben müssen, ist eine offene, internationale Stadt. Wien hat sich im letzten Jahrzehnt in so vielen Kategorien in die europäische und internationale Spitzengruppe katapultiert, dass wir fast die Übersicht verloren haben. Das ist gut für das Ego, darin liegen aber auch enorme Potenziale, auch und gerade für unsere Unternehmen.